



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/41/44 - 22. Februar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 890

Die deutsche Wirklichkeit und das Ausland	S. 1
Konjunkturpolitik zu Lasten der britischen Hausfrauen	S. 3
Oststaatsanwälte gegen westlichen Schulbesuch	S. 5
Weises Urteil - kurz belichtet	S. 7

Fehldeutung

sp.-Das westliche Ausland hat zum Überwiegenden Teil auf den Regierungswechsel in Düsseldorf reagiert, als ob es sich dabei um eine unmittelbare Vorstufe einer entsprechenden Entwicklung in Bonn handelte. Der symptomatische Charakter des Vorganges, der zur Bildung einer Regierung aus SPD und FDP geführt hat, wird damit klar erkannt. Aber die Schlüsse, die man daraus zieht, sind in der Mehrzahl falsch.

Zu 80 - 90 % der Äusserungen wird zugegeben, dass es sich um den empfindlichsten Rückschlag handelt, den Adenauer erlitten hat, seitdem er Bundeskanzler ist. Aber fast im gleichen Umfang wird diese Tatsache als abträglich, ja gefährlich für den Westen hingestellt. Das ist die Folge davon, dass man in der westlichen Welt solange Adenauer mit der deutschen Demokratie identifiziert hat. Diese Einstellung rührt daher, dass der Kanzler in diesen ganzen Jahren den Blick so ausserordentlich nach Westen gerichtet hat, dass der Eindruck einer fast schon sklavischen Abhängigkeit entstehen musste. Auch sein Seitensprung nach Moskau hat diesen Eindruck nur unwesentlich abgeschwächt.

Der Westen wird sich nun allmählich daran gewöhnen müssen, dass die neue deutsche Wirklichkeit sich immer deutlicher kundtut. Der vorläufige bundesrepublikanische Staat aber ist nicht diese deutsche Wirklichkeit, zu ihr gehört auch das Sich-Nicht-Abfinden mit der

deutschen Spaltung. Die amtliche Bonner Politik, soweit sie von der CDU und ihrer Führung geprägt wird, war auch bereit, auf die Saar unter dem trügerischen Vorzeichen ihrer Europäisierung zu verzichten. Die Wirklichkeit hat diese Politik widerlegt, sie wird ebenso die These widerlegen, dass die Entwicklung der deutschen Demokratie an das Schicksal einer Persönlichkeit und einer Partei unlöslich gebunden ist.

Adenauer hat sich am letzten Montagabend zum Regierungswechsel in Düsseldorf in einer Weise geäußert, die in wesentlichen Punkten die ausländische Argumentation vorwegnahm, auch wenn er sich schon auf einzelne Pressestimmen stützen konnte. Infolgedessen enthält die sozialdemokratische Antwort vom letzten Dienstag auf diese Stellungnahme des Kanzlers auch schon die Antwort auf jene ausländischen Äusserungen, die nun in grosser Zahl vorliegen. Der Kern dessen, was die SPD darauf zu sagen hat, ist der:

- 1.) Es ist ein grundlegender Irrtum, zu glauben, dass nur eine Regierung, in der die CDU vertreten ist, demokratisch stabile Verhältnisse garantiert;
- 2.) Es ist ebenso töricht anzunehmen, dass die gleichen Politiker, die jahrelang mit der CDU zusammengearbeitet haben, in dem Augenblick zu wilden Nationalisten werden, in dem sie sich entschliessen, zusammen mit der SPD eine Regierung zu bilden.

Es ist auch widersinnig, wenn diejenigen, die uns nach dem Zusammenbruch des Hitler-Staates Demokratie lehren wollten, bei der ersten Anwendungsgelegenheit ihrer Grundsätze, die sie überrascht und die nicht in ihr politisches Vorstellungsschema passt, den Entrüsteten spielen. Der Aufstand gegen die Allmacht eines einzigen Mannes ("Times": "Dr. Adenauer wird nach allem, was man hört, immer anmassender. Er gab den Anstoss zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen") ist ein Zeichen recht lebendiger Demokratie, er tritt der verhängnisvollen Neigung so vieler Deutschen entgegen, ihr Schicksal von einem Einzelnen gestalten zu lassen, er sollte, konsequent gedacht, Genugtuung bei denen hervorrufen, die für die Ausbildung des demokratischen Selbstbewusstseins und demokratischer Verantwortungsfreudigkeit in Deutschland eintreten. Düsseldorf ist geradezu ein Beweis dafür, dass das deutsche Volk jetzt endlich zu begreifen beginnt, was Demokratie bedeutet und verlangt.

Der Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen ausserhalb des normalen Turnus ist ein nicht zu überschender Beweis dafür, dass Bonn nicht die Bundesrepublik und schon gar nicht Deutschland ist. Was sich in Düsseldorf abgespielt hat, kann der Auftakt für eine Erneuerung des politischen Lebens in der Bundesrepublik werden.

Macmillan's Va-Banque-Spiel hat wenig Chancen

E.A.London

Hätten Macmillan's Massnahmen zur Überwindung der inneren Inflation in Grossbritannien gute Erfolgsaussichten, dann würden sie, wenn man von der unsozialen Lastenzuteilung absieht, sich rechtfertigen lassen. Aber es lässt sich heute schon voraussagen, dass die von Macmillan verschriebene Doppeldosis der alten Butlermedizin weder die Vertrauenskrise in die englische Pfundwährung noch die innere Inflation besiegen wird.

Die Hauptursache der schleichenden Wirtschaftskrise in Grossbritannien ist auf die zu hohen Lebenshaltungskosten zurückzuführen. Seit 1951 sind sie in England viel rascher angestiegen als in irgend einem anderen hochindustriellen Lande. Die sogenannte "Freisetzung der Wirtschaft" während des viereinhalb Jahre konservativen Regimes hat die Bedingungen geschaffen, unter denen die britische Ökonomie so viel weniger als die anderen Länder von der anhaltenden Hochkonjunktur profitierte.

Grossbritanniens Anteil am Weltmarkt ging zurück. Umfangmässig sind die Ausfuhren seit 1951 kaum angestiegen, wohl aber die Einfuhren. Sobald sich die Handelsbedingungen zuungunsten Grossbritanniens entwickelten, was im Jahre 1954 eintrat, dass nämlich die Preise der Einfuhren stärker anzogen als die der Ausfuhren, wirkten sich die verderblichen Folgen der konservativen Wirtschaftspolitik aus. Die Gold- und Devisenbestände fingen an zu schwinden. Dieser Schwund der Währungsreserven in Grossbritannien vollzog sich in einer Zeit, in der die Goldbestände der europäischen Länder um 5 Milliarden Dollar anwachsen. Darin liegt die wahre Ursache der verschiedenen Vertrauenskrisen der Pfundwährung. Schon gegen die Krise im vergangenen Sommer und Herbst versuchte der damalige Schatzkanzler Butler mit Kreditrestriktionen und Besteuerung des inneren Konsums anzugehen. Schatzkanzler Macmillan ist jetzt mit einer verdoppelten Dosis bewährter reaktionärer Konjunkturpolitik um Erfolg bemüht.

Mit einer scharfen Heraufsetzung des Diskontsatzes hatten die Konservativen schon in den Jahren 1920, 1929 und dann wieder 1931 der Wirtschaftskrise zu Leibe gehen wollen. Die Kreditversteuerung verur-

sachte die langanhaltende Stagnation der dreissiger Jahre. Während die Labourregierung in der Nachkriegszeit trotz aller Schwankungen der Konjunktur an der Politik des billigen Geldes festhielt und den Diskontsatz auf zwei Prozent belies, änderte sich das unter der konservativen Regierung. Vor fast genau einem Jahre erfolgte dann die Heraufsetzung auf 4 1/2 Prozent - von der Mister Macmillan den Diskontsatz nun auf 5 1/2 erhöhte. Das ist der höchste Diskontsatz der Bank von England seit dem Krisenjahr 1931. Teures Geld, die Beschneidung der Kreditmöglichkeiten der Gemeinden und Städte und die gleichfalls verordnete Verringerung der Kapitalinvestierungen in den verstaatlichten Industrien muss seine Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausüben. Zuerst dürfte darunter der Bauparkt zu leiden haben, Arbeitslosigkeit oder doch zum mindesten Kurzarbeit im Baugewerbe wird sich in einigen Monaten fühlbar machen. Die Kosten für die erstrebte Deflation werden aus den Lohntüten der Arbeitnehmer kommen.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit

Die zur gleichen Zeit verordnete Halbierung der staatlichen Subventionen für Brot und Milch, verteuert die Lebenshaltung eines jeden automatisch, da der Brotpreis um 3 Pfennige pro Pfund und der Milchpreis um 6 Pfennige pro Liter in die Höhe geht. Für zweieinhalb Millionen englische Arbeiter, deren Lohnsätze an den Lebenshaltungsindex gebunden sind, bedeutet das eine automatische Lohnerhöhung. Für die anderen werden die Gewerkschaften den nötigen Ausgleich in neuen Lohnforderungen zu erkämpfen suchen. Nur darf man nicht vergessen, dass die Wirtschaftspolitik Macmillan's den Arbeitgebern den Nacken steift. Und zugleich erhebt sich das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit, das von den Arbeitgebern schon lange als ein unentbehrliches Mittel zur "Stabilisierung der Löhne" in ihrem Sinne herbeigewünscht worden ist. So ist es selbstverständlich, dass die neuen Massnahmen zur Bekämpfung der inneren Inflation auf den stärksten Widerstand der Gewerkschaften und der Labourparty stossen mussten.

Nur ein Gutes hat die Macmillan-Kur. Sie hat die heutige Konjunkturpolitik der Konservativen als die unveränderte Auflage der alten Rezepte enthüllt, die schon in den zwanziger und dreissiger Jahren die englische Wirtschaft stagnieren liessen. Die Erinnerung an jene Zeiten brachte den Erdstuss in Bewegung, der 1945 die Churchillregierung begrub und Labour an die Macht brachte. Krisenbekämpfung mit reaktionären und noch dazu unzulänglichen Mitteln kann sich ein Land wie Grossbritannien nicht mehr leisten, wenn es nicht völlig absinken will. Mit anderen Worten, diejenigen, die noch an eine englische Zukunft glauben, werden sich mehr und mehr von den Konservativen abwenden, deren schöne Worte grosse Teile der Wählerschaft zunächst faszinieren konnten, deren praktische Unzulänglichkeit sich aber in einem Zeitraum von wenigen Jahren deutlich herausgestellt hat.

Vor einer neuen Welle von Terrorurteilen

sp.-Während die Welle der Terrorprozesse wegen "Abwerbung" trotz der westlichen Protestbewegung von den sowjetzonalen Staatsanwälten weiter auf vollen Touren gehalten wird, bereitet die vom Zentralkomitee der SED direkt angeleitete Generalstaatsanwaltschaft in Pankow eine neue Art von Einschüchterungsprozessen gegen die Bewohner der Sowjetzone vor. Auf Veranlassung des Ministeriums für Volksbildung sollen künftig die Staatsanwälte die härtesten Strafen gegen diejenigen Eltern verhängen, die ihre Kinder in Westberlin die Schule besuchen lassen.

Nach dem Gesetz über die Schulpflicht vom 15.12.1950 sind die Bürger der Sowjetzone verpflichtet, ihre Kinder in die für ihren Wohnbezirk zuständigen Schulen zu schicken. Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Geldstrafen bis zu 150.- DM oder mit Haft bestraft. Dieses Gesetz wurde seinerzeit erlassen, als das SED-Regime erkannte, dass nicht nur Einwohner von Ostberlin, sondern auch aus den Gebieten, die von Berlin nicht allzuweit entfernt liegen, ihre Kinder in Höhere Schulen von Westberlin schickten. Da in der Zone der Besuch einer Oberschule weitgehend von der gesellschaftlichen Herkunft abhängig ist, d.h., dass praktisch nur Kinder von Arbeitern bzw. von linientreuen Vertretern der sog. "Intelligenz" das Recht zum Besuch der höheren Schule haben, sind von Jahr zu Jahr mehr Schüler aus der Sowjetzone in den Klassen der Westberliner Oberschulen festzustellen. Dabei spielt für diesen Schulbesuch nicht nur dieser aus machtpolitischen Gründen verhängte numerus clausus, sondern vor allem die Erkenntnis der sowjetzonalen Eltern eine Rolle, dass in den Schulen des Ulbricht'schen "Arbeiterstaates" eine freiheitliche, demokratische Erziehung unmöglich ist.

Zur Zeit besuchen etwa 5 000 Kinder von Eltern, die in Ostberlin oder in der Sowjetzone wohnen, Westberliner Oberschulen. Diese Sowjetzoneneinwohner haben alle gegen das im Jahre 1950 erlassene Gesetz verstossen. In zahlreichen Fällen wurden in den vergangenen Jahren gegen die Eltern Geldstrafen verhängt, ohne sie dadurch abschrecken zu können, ihre Kinder weiter nach Westberlin in die Schule zu schicken. Es gibt Fälle, in denen Einwohner der Sowjetzone jeden Monat zur Zahlung einer Geldstrafe von 100.-DM verurteilt wurden, diese Strafe

aber lieber zählten, als ihren Kindern die Ausbildung und Erziehung auf einer freiheitlichen Schule in Westberlin unmöglich zu machen. Wenn sich Verurteilte an die Beschwerdeinstanz wandten, erhielten sie regelmässig eine höhere Strafe zudiktiert als in der ersten Instanz, wie z.B. ein religiöser Sozialist, der sich auf die auch in der Sowjetzonenverfassung garantierte Gewissensfreiheit berief, die er auch für alle Fragen der Erziehung seiner Kinder in Anspruch nahm.

3000 Anwärter auf das Westabitur

Die von den Sowjetzonenengerichten bisher verhängten Geldstrafen sind in den meisten Fällen ohne Wirkung geblieben. So wurde jetzt von der Generalstaatsanwaltschaft in Pankow die Anweisung herausgegeben, zu überprüfen, inwieweit sich Eltern, die ihre Kinder auf Westberliner Schulen schicken, eines "republikfeindlichen Verhaltens" schuldig machen und nach Artikel 6 der Verfassung bestraft werden können. Gerade dieser Artikel ist es, der auch für die Terrorurteile gegen "Verleitung zur Republikflucht" herangezogen wird. Künftig soll also auch die Tatsache, dass sowjetzonale Einwohner ihre Kinder auf westliche Schulen schicken, als eine "Unterstützung der imperialistischen Kriegshetzer" und damit als ein Staatsverbrechen gegen die "Deutsche Demokratische Republik" angeklagt und mit entsprechend hohen Strafen geahndet werden. Die Staatsanwälte bereiten aufgrund dieser Anweisung eine neue Welle von Terrorurteilen vor.

Inwieweit auch gegen diejenigen Einwohner der Sowjetzone gerichtlich vorgegangen werden soll, deren Kinder in Westberlin die letzte Klasse der höheren Schule nachholen, um die Berechtigung zum Studium an einer westlichen Universität zu erhalten, ist noch nicht klar zu erkennen. Zur Zeit bereiten sich auf Westberliner Oberschulen rund 3000 Jugendliche aus der Zone auf ihr Westabitur vor. Soweit diese Jugendlichen allerdings das 18. Lebensjahr erreicht haben, gelten sie nach sowjetzonalem Gesetz als volljährig, sodass rein formal gegen die Eltern strafrechtlich nicht eingeschritten werden kann. Da diese Jugendlichen praktisch aber als Republikflüchtige gelten, ist es der Willkür der sowjetzonalen Anklagebehörden überlassen, die Eltern wegen "Verleitung zur Republikflucht" ihrer Kinder vor den sedistischen Kadi zu schleppen.

Justitia ohne Augenbinde

j. Es steht schlimm um die steigende Unfallzahl im Strassenverkehr der Bundesrepublik. Immer wieder sprechen die Polizeiberichte von einer recht häufigen Ursache: Trunkenheit am Steuer. Sicher ist es unerlässlich, dass man die Sünder hart anpackt!

Der 54 Jahre alte Axel X. aus Dortmund kam 1950 aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Mühsam kämpfte er sich zu einer kleinen Existenz durch. Als Vertreter mit eigenem Wagen langt es heute, ihn selber und seine Familie zu ernähren. Alles ging gut, bis einige seiner Kameraden aus der Gefangenschaft mit einem der letzten Transporte heimkehrten. Axel war vor Freude ausser Rand und Band - trotz seiner 54 Jahre. Und er veranstaltete eine feuchtfröhliche Wiedersehensfeier. Soll man ihm das verübeln? Immerhin hatte er mit den Männern Jahre hindurch Kopf an Kopf auf den Pritschen im Lager geschlafen, hatte er mit ihnen das letzte Stück Brot geteilt. Andere Leute begiessen ihre Freuden auch, aus geringerer und weniger verständlicher Anlass.

Dass er, stark angeheitert, nach der Feierei noch seinen Wagen zum nächsten Parkplatz brachte, mag recht vernünftig gewesen sein. Es passierte zwar nichts, aber die Polizei kam durch einen blanken Zufall auf seine alkoholische Spur und stellte ihn nach wenigen Metern. Ergebnis: Führerscheinentzug. Mit Zittern und Zagen wartete Axel auf die Gerichtsverhandlung. Sein oder Nichtsein - das war hier die Frage, denn ohne Auto wär's erstmal zu Ende gewesen mit seinem Beruf. Doch zur grössten Überraschung aller Beteiligten - und es waren nicht wenige, die Axel Glück wünschten - fand er einen weisen Richter. Der erklärte rundheraus, dass man eine mühselig aufgebaute Heimkehrerexistenz nicht ohne weiteres vernichten darf, bloss weil der Mann ein paar Strassenmeter lang angetrunken am Steuer sass. Axel bekam seinen Führerschein wieder und zahlte 150.-- Mark Strafe.

Wie gesagt: Nichts gegen eine empfindliche Bestrafung leichtfertiger Verkehrssünder. Aber manchmal ist es doch ganz gut, wenn Justitia die Binde von den Augen nimmt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau